



**Niederschrift
zur 41. Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am 10.09.2024**

**um 17:30 Uhr im Ratssaal des Rathauses der Stadt Emmerich am Rhein
Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein**

Tagesordnung

I. Öffentlich

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 18.06.2024 und 02.07.2024
- 3 01 - 17 1240/2024 Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende;
hier: Antrag Nr. XII/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
- 4 02 - 17 1160/2023 Mehrweg-Geschirr bei städtischen Veranstaltungen;
hier: Eingabe Nr. 21/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
- 5 02 - 17 1474/2024 Finanzbericht zum 2. Quartal 2024
- 6 02 - 17 1482/2024 Entsendung von Mitgliedern in die Gremien des Sparkassen-
zweckverbandes und der Sparkasse Rhein-Maas;
hier: Eilentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses gem. §
60 Abs. 1 GO NRW
- 7 14 - 17
1462/2024/1 Beschluss über den Jahresabschluss 2021 und die Entlastung
des Bürgermeisters
- 8 04 - 17 1457/2024 Regenbogenschule, Standort Hüthum;
hier: Antrag auf Erweiterung des Schulgebäudes
- 9 04 - 17 1458/2024 Michaelschule;
hier: Antrag auf Erweiterung des Schulgebäudes

- 10 05 - 17 1440/2024 Bebauungsplanverfahren EL 16/1 - 1. Änderung;
hier: 1) Bericht über die Beteiligungen der Öffentlichkeit und der
Behörden gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 2 sowie § 3 Abs. 1
und § 4 Abs. 2 BauGB
2) Satzungsbeschluss
- 11 05 - 17 1441/2024 Flächennutzungsplanänderungsverfahren - 102. Änderung;
hier: 1) Bericht über die Beteiligungen der Öffentlichkeit und der
Behörden gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 2 sowie § 3 Abs. 1
und § 4 Abs. 2 BauGB
2) Feststellungsbeschluss
- 12 05 - 17 1449/2024 Bebauungsplanverfahren EL 17/1 - Klosterstraße -;
hier: 1) Bericht zu den Beteiligungen der Öffentlichkeit und der
Behörden gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
2) Satzungsbeschluss
- 13 Mitteilungen und Anfragen
- 14 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

stellvertretender Vorsitzender

Herr Gerhard Gertsen

Mitglieder CDU

Herr Erik Arntzen

Frau Sandra Bongers

Herr Christoph Byloos

als Vertreter für Mitglied Krebber

Herr Albert Jansen

Frau Irmgard Kulka

Herr Sigmar Peters

Herr Prof. Dr. Matthias Reintjes

Mitglieder SPD

Herr Dieter Baars

Frau Elisabeth Braun

Herr Daniel Klösters

Frau Meike Schnake-Rupp

Frau Elke Trüpschuch

Frau Sandra Wittke

als Vertreterin für Mitglied Mölder

Mitglieder GRÜNE

Frau Gabriele Hövelmann
Herr Herbert Kaiser

als Vertreter für Mitglied Siebers

Mitglieder BGE

Herr Christopher Papendorf
Herr Steffen Straver

als Vertreter für Mitglied Sigmund

Mitglieder FREIE WÄHLER Emmerich

Herr Arno Rudolph

Mitglied Fraktionslos

Herr Christoph Kukulies

von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Wachs
Herr Niklas Kehren
Herr Andreas Abels
Frau Melanie Goertz
Frau Martina Lebbing
Frau Michelle Kruse

Erster Beigeordneter
Stadtkämmerer

Schriftführerin

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 17:30 Uhr.

Er begrüßt die Damen und Herren des Ausschusses, die Vertreter/innen der Verwaltung sowie den Vertreter der örtlichen Presse.

I. Öffentlich

1. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner/innen anwesend.

2. Feststellung der Sitzungsniederschriften vom 18.06.2024 und 02.07.2024

Einwände gegen die gem. § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse zur Feststellung vorgelegten Niederschriften werden nicht erhoben. Sie werden vom Vorsitzenden sowie der Schriftführerin unterzeichnet.

**3. Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende;
hier: Antrag Nr. XII/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 01 - 17 1240/2024**

Frau Lebbing erläutert die Vorlage.

Mitglied Peters führt an, dass die CDU-Fraktion in der Vergangenheit bereits einen ähnlichen Antrag eingebracht habe, welcher seinerzeit allerdings abgelehnt worden sei. Grundsätzlich befürworte die CDU-Fraktion die im Antrag beschriebene Vorgehensweise, halte eine Beschlussfassung allerdings nach Neukonstituierung des Rates im kommenden Jahr für sinnvoll.

Ferner teilt Mitglied Peters im Namen der CDU-Fraktion mit, dass diese den aktuell vorliegenden Beschlussvorschlag ablehnen werde.

Mitglied Schnake-Rupp und Mitglied Baars teilen ihr Unverständnis über die aktuell ablehnende Haltung der CDU-Fraktion.

Mitglied Schnake-Rupp stimmt zwar zu, dass eine Umsetzung mit Neukonstituierung des Rates im kommenden Jahr einfacher umzusetzen sei, allerdings sei die Umsetzung zum aktuellen Zeitpunkt nicht unmöglich und durchaus machbar. Ferner erkundigt sich Mitglied Schnake-Rupp, ob die Ausschussvorsitzenden bei der heutigen Beschlussfassung bereits befangen seien; dies wird seitens der Verwaltung verneint.

Seitens der SPD-Fraktion wird der Antrag gestellt, gemäß Vorlage zu beschließen.

Mitglied Arntzen fügt ergänzend zum Wortbeitrag des Mitgliedes Peters hinzu, dass die Entscheidung, wie künftig die Zahlung der Aufwandsentschädigung gehandhabt werden solle, dem neuen Rat überlassen werden solle.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt werden nicht vorgetragen.

Der stellvertretende Vorsitzende lässt über den Antrag der SPD-Fraktion, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Beschluss

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, mittels Regelung im Rahmen der Neufassung der Hauptsatzung vorzusehen, dass für sämtliche Ausschüsse des Rates anstelle der monatlichen zusätzlichen Aufwandsentschädigung für Ausschussvorsitzende ein Sitzungsgeld pro Ausschusssitzung gem. § 5 Abs. 5 der Entschädigungsverordnung geleistet wird.

Stimmen dafür 11 Stimmen dagegen 7 Enthaltungen 2

**4. Mehrweg-Geschirr bei städtischen Veranstaltungen;
hier: Eingabe Nr. 21/2023 an den Rat der Stadt Emmerich am Rhein
Vorlage: 02 - 17 1160/2023**

Herr Stadtkämmerer Kehren erläutert kurz die Vorlage.

Mitglied Schnake-Rupp informiert, dass die SPD-Fraktion ebenfalls durch Gespräche mit der WFG in Erfahrung bringen konnte, dass die Beschicker von städtischen Veranstaltungen bereits zum Großteil auf Mehrweggeschirr oder recycelbares Geschirr (u.a. aus Bambus oder Papier) setzen.

Um die Erarbeitung des Leitfadens zügiger voranzutreiben, stellt Mitglied Schnake-Rupp den Antrag, den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

„[...] Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.04.2025 einen Leitfaden [...] zu erarbeiten.“

Mitglied Papendorf unterstützt den Wortbeitrag von Mitglied Schnake-Rupp.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt werden nicht vorgetragen.

Der stellvertretende Vorsitzende lässt über den Antrag von Mitglied Schnake-Rupp, den Beschlussvorschlag entsprechend um das genannte Datum zu ergänzen, abstimmen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt, auf die verpflichtende Verwendung von Mehrweggeschirr bei städtischen Veranstaltungen zu verzichten. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 30.04.2025 einen Leitfaden zur nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Gestaltung von Veranstaltungen zu erarbeiten. Um eine praxisnahe Umsetzung zu gewährleisten, soll hierzu die Wirtschaftsförderungs- und Stadtmarketing-Gesellschaft Emmerich am Rhein mbH in diesen Prozess eingebunden werden.

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

**5. Finanzbericht zum 2. Quartal 2024
Vorlage: 02 - 17 1474/2024**

Herr Stadtkämmerer Kehren stellt den beigefügten Quartalsbericht vor.

Bezugnehmend auf den im Bericht aufgeführten Ertrag i.H.v. 40.000 Euro aus der Hundesteuer (Seite 14 > VIII. Zusammenfassung) erkundigt sich Mitglied Papendorf, ob die betroffenen Hundehalter, welche im Rahmen der Hundebestandsaufnahme ausfindig gemacht werden konnten, die versäumten Steuern lediglich nachzahlen musste oder ob gegen diese Hundehalter auch entsprechende Bußgelder verhängt worden seien.

Herr Stadtkämmerer Kehren teilt mit, dass sich die im Bericht aufgeführte Zahl lediglich auf die Steuern beziehe. Bußgeldeinnahmen gebe es zwar auch, wurden in dem aufgeführten Betrag allerdings noch nicht berücksichtigt. Auch betont er, dass mit einem solchen Ertrag nicht pauschal jährlich zu rechnen sei. Zudem informiert er, voraussichtlich in der kommenden planmäßigen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses die abschließende Meldung zur Hundebestandsaufnahme mitteilen zu können - aktuell müssten noch ein paar wenige Haushalte befragt werden.

Bezugnehmend auf die im Bericht aufgeführte Position "barrierefreier Ausbau Bushaltestellen" (Seite 7 > III. Fördermittel) teilt Mitglied Schnake-Rupp ihre Verwunderung darüber, dass dort bisher keine Fördermittel bewilligt worden seien und auch die Prognose bei 0 liegen würde. Herr Stadtkämmerer Kehren teilt mit, die Nachfrage entsprechend zu prüfen und eine Antwort nachzureichen.

Auf entsprechende Nachfrage von Mitglied Papendorf prognostiziert Herr Stadtkämmerer Kehren noch in diesem Jahr eine entsprechende Vorlage zur "Bettensteuer" in den Beschlusslauf einbringen zu wollen.

Kenntnisnahme (kein Beschluss)

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den 2. Quartalsbericht 2024 über die Finanzlage der Stadt Emmerich am Rhein zur Kenntnis.

6. Entsendung von Mitgliedern in die Gremien des Sparkassenzweckverbandes und der Sparkasse Rhein-Maas; hier: Eilentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 60 Abs. 1 GO NRW Vorlage: 02 - 17 1482/2024

Der stellvertretende Vorsitzende erkundigt sich bei der SPD-Fraktion nach dem Nachbesetzungsvorschlag. Mitglied Schnake-Rupp teilt im Namen der SPD-Fraktion mit, dass Herr Hans-Dieter Baars in die Gremien des Sparkassenzweckverbandes und der Sparkasse Rhein-Maas entsendet werden solle.

Über den Nachbesetzungsvorschlag lässt der stellvertretende Vorsitzende abstimmen.

Beschluss

1. Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein entsendet
 - Herrn Hans-Dieter Baars
als persönlichen Stellvertreter von Frau Elke Trüpschuch in die **Verbandsversammlung** des Sparkassenzweckverbandes Rhein-Maas.

2. Die vom Rat der Stadt Emmerich am Rhein in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Rhein-Maas entsandten Vertreter werden angewiesen
 - Herrn Hans-Dieter Baars
als persönlichen Stellvertreter von Frau Elke Trüpschuch für den **Verwaltungsrat** der Sparkasse Rhein-Maas vorzuschlagen und zu wählen.

Stimmen dafür 19 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 1

7. **Beschluss über den Jahresabschluss 2021 und die Entlastung des Bürgermeisters** **Vorlage: 14 - 17 1462/2024/1**

Über den mehrstimmigen Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der stellvertretende Vorsitzende abstimmen.

Beschluss

Auf der Grundlage der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses zur Prüfung des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2021 und unter Einbeziehung des Prüfungsberichtes der örtlichen Rechnungsprüfung zum Jahresabschluss 2021

1. stellt der Rat der Stadt Emmerich am Rhein den geprüften Jahresabschluss zum 31.12.2021 in der Fassung vom 28.05.2024 fest.
2. beschließt der Rat den Jahresüberschuss der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
3. beschließt der Rat dem Bürgermeister hinsichtlich des Jahresabschlusses 2021 die uneingeschränkte Entlastung zu erteilen.

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 8. Regenbogenschule, Standort Hüthum;
hier: Antrag auf Erweiterung des Schulgebäudes
Vorlage: 04 - 17 1457/2024**

Über den mehrstimmigen Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der stellvertretende Vorsitzende abstimmen.

Beschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, für das Gebäude der Regenbogenschule, Katholische Grundschule der Stadt Emmerich am Rhein, am Standort Hüthum die Planungen bis zur Leistungsphase 3 (HOAI) in Anlehnung an das Kölner Raumprogramm aufzunehmen.

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 9. Michaelschule;
hier: Antrag auf Erweiterung des Schulgebäudes
Vorlage: 04 - 17 1458/2024**

Über den mehrstimmigen Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der stellvertretende Vorsitzende abstimmen.

Beschluss

Der Rat beauftragt die Verwaltung, für das Gebäude der Michaelschule, Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Emmerich am Rhein, die Planungen bis zur Leistungsphase 3 (HOAI) in Anlehnung an das Kölner Raumprogramm aufzunehmen.

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 10. Bebauungsplanverfahren EL 16/1 - 1. Änderung;
hier: 1) Bericht über die Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden
gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 2 sowie § 3 Abs. 1 und § 4
Abs. 2 BauGB
2) Satzungsbeschluss
Vorlage: 05 - 17 1440/2024**

Über den mehrstimmigen Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der stellvertretende Vorsitzende abstimmen

Beschluss

Zu 1)

I. Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

II. Ergebnisse der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Zu II.1) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Straßenbau mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.2) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Westnetz GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.3) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Netzeigentümer mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 4) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Thyssengas GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 5) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur Entwässerung mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 6) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung der Industrie- und Handelskammer mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 7) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung des Natur- und Artenschutzes mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 8) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur Bodendenkmalpflege mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.9) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Denkmalschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.10) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Landschafts- und Naturschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.11) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur Kampfmittelbeseitigung mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

III. Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

IV. Ergebnisse der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs.2 BauGB

Zu IV.1) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Straßenbau mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.2) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Westnetz GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.3) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Telekom GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV. 4) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung der Industrie- und Handelskammer mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV. 5) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung des Natur- und Artenschutzes mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.6) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Gelsenwasser) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.7) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Denkmalschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.8) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Landschafts- und Naturschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.9) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Gewässerschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, den Satzungsbeschluss des vorliegenden Bebauungsplanänderungsentwurfs.

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

11. **Flächennutzungsplanänderungsverfahren - 102. Änderung;**
hier: 1) Bericht über die Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden
gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 2 sowie § 3 Abs. 1 und § 4
Abs. 2 BauGB
2) Feststellungsbeschluss
Vorlage: 05 - 17 1441/2024

Über den mehrstimmigen Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der stellvertretende Vorsitzende abstimmen.

Beschluss

Zu 1)

I. Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB

II. Ergebnisse der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Zu II.1) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Straßenbau mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.2) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Westnetz GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.3) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Netzeigentümer mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 4) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Thyssengas GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 5) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur Entwässerung mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 6) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung der Industrie- und Handelskammer mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 7) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung des Natur- und Artenschutzes mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 8) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur Bodendenkmalpflege mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.9) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Denkmalschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.10) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Landschafts- und Naturschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.11) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur Kampfmittelbeseitigung mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

III. Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

IV. Ergebnisse der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs.2 BauGB

Zu IV.1) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Straßenbau mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.2) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Westnetz GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.3) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Telekom GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV. 4) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung der Industrie- und Handelskammer mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV. 5) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung des Natur- und Artenschutzes mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.6) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Gelsenwasser) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.7) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Denkmalschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.8) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Landschafts- und Naturschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu IV.9) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Gewässerschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu 2)

Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, den Feststellungsbeschluss der vorliegenden Flächennutzungsplanänderung.

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

- 12. Bebauungsplanverfahren EL 17/1 - Klosterstraße -;**
hier: 1) Bericht zu den Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden
gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB
2) Satzungsbeschluss
Vorlage: 05 - 17 1449/2024

Über den mehrstimmigen Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, lässt der stellvertretende Vorsitzende abstimmen.

Beschluss

Zu 1)

I. Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB

II. Ergebnisse der Behördenbeteiligung gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Zu II.1) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu den Belangen des Luftverkehrs mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.2) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur ländlichen Entwicklung und Bodenordnung mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II.3) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Denkmalschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 4) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur Abfallwirtschaft mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 5) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Immissionsschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 6) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Gewässerschutz mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 7) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung der Industrie- und Handelskammer mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 8) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung der Handwerkskammer mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 9) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zum Straßenbau mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 10) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zur Entwässerung mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 11) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Thyssengas GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 12) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Gelsenwasser GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 13) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass die Anregung zu Versorgungsleitungen (Telekom GmbH) mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 14) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass den Anregungen der Unteren Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu II. 15) Der Ausschuss für Stadtentwicklung beschließt, dass den Anregungen des Fachbereichs 4 des Kreises Kleve (Jugend, Soziales und Jobcenter mit den Ausführungen der Verwaltung entsprochen wurde.

Zu 2)

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt den Satzungsbeschluss des vorliegenden Bebauungsplanentwurfes.

Stimmen dafür 20 Stimmen dagegen 0 Enthaltungen 0

13. Mitteilungen und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen werden nicht vorgetragen.

14. Einwohnerfragestunde

Es sind keine Einwohner/innen anwesend.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 17:50 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

46446 Emmerich am Rhein, den 7. Oktober 2024

Gerhard Gertsen
stellvertretender Vorsitzender

Michelle Kruse
Schriftführerin